

Facetten eines drängenden Problems (1)

Von E. Noldus.

Im August 2018 machte die Kritik an den Folgen der Armutszuwanderung aus den zur EU gehörenden Balkanländern nicht zuletzt deshalb Furore, weil sie von SPD-Oberbürgermeistern vorgetragen wurde. In diesem Zusammenhang war oft von einem „Geschäftsmodell“ die Rede: Kriminelle Schlepper organisieren die Zuwanderung von Rumänen und Bulgaren, um sie zu völlig überhöhten Mieten in Schrottimmobilien unterzubringen. Als Gegenleistung winken den Zuwanderern vielfältige Sozialleistungen.

In Duisburg hat Sören Link (SPD) Sinti und Roma als Problemgruppe ausgemacht. Durch den Zugang beginne auch die Verwahrlosung im öffentlichen Raum, von dem oft problematischen Sozialverhalten der Zuwanderer einmal abgesehen. Das hat ihm Schelte von Romani Rose eingetragen, der vor pauschalen Verurteilungen warnte, weil sie Gewalt nach sich ziehen könnte. Auch wußte Rose, daß die Hintermänner krimineller Machenschaften meistens deutsche Staatsbürger wären (Frankfurter Rundschau online 10. 8. 2018).

Das Wohnungsaufsichtsgesetz vom 10. 4. 2014 bietet den Kommunen die gesetzliche Handhabe, Wohnraum teilweise oder komplett für unbewohnbar zu erklären und Eigentümer bei einer Vermüllung des Umfeldes mit Bußgeldern zu überziehen. In Duisburg seien 2016 120 Problemhäuser festgestellt worden, von denen ab Herbst 2017 35 ganz oder teilweise geschlossen worden seien. (FR 10. 8. 2018).

Links Kritik wird geteilt

Frank Baranowski (SPD, Gelsenkirchen) gab zu bedenken: „Die zuwandernden Menschen sind in der Regel selbst Opfer von kriminellen Machenschaften oder falschen Versprechungen.“ Ergebnis sei aber: „In den Stadtquartieren wächst der soziale Unfrieden.“ Seit fünf Jahren schon hätte man in Bund und Ländern das Problem angesprochen, aber vergebens: Das ist alles zu wenig“, kritisiert er. „Wir haben im Ruhrgebiet überhaupt kein Problem damit, Menschen aus anderen Ländern bei uns zu willkommen zu heißen. Wir haben aber ein Problem damit, wenn wir das Gefühl haben, abgezockt zu werden.“ (FR 10. 8. 2018).

Gemeint ist damit Sozialbetrug, der auch in anderen Städten festgestellt werden kann. Fürths Oberbürgermeister Thomas Jung (SPD) erklärt, die Zahl der Bulgaren und Rumänen habe sich in den vergangenen fünf Jahren auf fast 4200 fast verdoppelt. „Wir haben das Gefühl, dass viele dieser Menschen nicht da sind, weil sie hier arbeiten und leben wollen, sondern dass es mehr um Kindergeld und Hartz-IV geht.“

Auch Bremerhavens Oberbürgermeister Melf Grantz (SPD) betont, es könne nicht sein, daß Kindergeld von Zuwanderern als Einkommensquelle genutzt wird. Seit eineinhalb Jahren, so Grantz, versuchen Polizei, Zoll, Finanzamt, Jobcenter und Familienkasse hier mit engmaschiger Zusammenarbeit organisierten Sozialbetrug aufzudecken. (FR 10. 8. 2018).

Die Problematik

Hier sind grundsätzlich zwei Dinge zu unterscheiden:

1. Die Möglichkeiten des Zuzuges von EU-Ausländern generell und deren mögliche Ansprüche auf Sozialleistungen.
2. Die Folgen der Zuwanderung für die Kommunen im Hinblick auf eine Einwanderung in die Sozialsysteme. Damit in Zusammenhang der mögliche Betrug.

Die Einschränkung in Punkt 2 ergibt sich aus der Thematik, wie sie die Oberbürgermeister hier vortragen.

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß bereits im Jahre 2014 durch gesetzgeberische Maßnahmen das Problem der Schrottimmobilien angegangen worden ist, aber im Falle von Duisburg erst ab Herbst 2017 praktisch umgesetzt wurde. Für diese offensichtliche Verzögerung gibt es einen ganz profanen Grund: die Landtags- und Bundestagswahlen 2017.

Wahlniederlagen als Antrieb für Veränderungen

Bei den NRW-Landtagswahlen 2017 fiel die SPD in

- den beiden Gelsenkirchener Wahlkreisen von ca. 51% 2012 auf ca. 38% (AfD ca. 14,5%);
- den fünf Wahlkreisen Duisburg-Wesel von ca. 52% 2012 auf ca. 37,5% (AfD ca. 11,5%).

Bei der Bundestagswahl 2017 fiel die SPD in

- Gelsenkirchen von 39,2% auf 33,5% (AfD 17,0%);
- den beiden Duisburger Wahlkreisen von ca. 41% 2013 auf ca. 33% (AfD ca. 13,5%).

Dieser rasante Stimmenverfall, der angesichts der Bedeutung von NRW für die bundesdeutsche SPD noch zusätzlich an Gewicht gewinnt, hat offenbar zur Flucht nach vorn geführt. Noch vor einigen Jahren wäre jede Andeutung, daß es eine Einwanderung in die Sozialsysteme gebe, einem politischen Selbstmord gleichgekommen.

Der in der FR 10. 8. 2018 erwähnte Besuch von Andrea Nahles in Duisburg ist nichts weiter als Getöse. „Wir dürfen die Städte nicht allein lassen.“ Kindergeld-Abzocke durch osteuropäische Scheinselbständige müsse als „organisierte Kriminalität“ mit allen Mitteln bekämpft werden. „Für einige wenige ist das ein Geschäft auf Kosten unseres Landes und auf dem Rücken derjenigen, die vorge-schoben werden, denn das Geld sacken die Schlepperbanden ein“, unterstreicht sie. „Es gibt keine Veranlassung, dass wir das dulden.“

Gleichzeitig möchte sie gerne (angeblich) das ins Ausland fließende Kindergeld an die dortigen Lebensverhältnisse anpassen, sieht dafür aber wenig Chancen.

Eine erste Erklärung

Sören Link hingegen hat in einem Interview das Problem kurz und knapp beschrieben. Es wurde am 8. 9. 2018 in der WAZ veröffentlicht zusammen mit einem plakativen Bericht „Ein Quartier verfällt.“ Damit ist Duisburg-Hochfeld gemeint, welches die Folgen der Armutzuwanderung stark zu

spüren bekommt. Dieser Bericht drängt aber die viel wichtigere Äußerung von Link in den Hintergrund:

Frage: Sie kritisieren den Kindergeldbetrug durch rumänische und bulgarische Zuwanderer seit Jahren – nervt es Sie, dass so wenig passiert?

*Antwort: **Es reicht, wenn ein Elternteil in Duisburg lebt, damit alle in Bulgarien oder Rumänien lebenden Kinder vom deutschen Staat Kindergeld bekommen.** So kann das mit der **Arbeitnehmerfreizügigkeit** nicht gedacht sein, finde ich. Wir haben behördenübergreifende Hinweise darauf, dass hinter dem Zuzug aus diesen Ländern häufig ein kriminelles Netzwerk von Schleppern agiert, welches die Menschen aus tiefster Armut nach Duisburg bringt, **sie mit scheinselbständigen Minijobs versorgt und dadurch Aufstockungsgelder ergaunert.** Das Geld wird den Menschen oft wieder abgenommen. Diese Strukturen sind lange bekannt. Aber EU, Bund und Land handeln nicht. **Es kann nicht sein, dass ein Minijob reicht, um bei uns volle Aufstockungsleistungen nach dem SGB II zu bekommen.** Da muß der Gesetzgeber ran.“*

(Wird fortgesetzt.)